Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 37 (1957-1958)
Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

Zur innenpolitischen Lage

Am 24. November finden zwei eidgenössische Abstimmungen statt. Die eine Vorlage ist offensichtlich nicht umstritten, während sich gegen die andere von verschiedenen Seiten Opposition erhoben hat. Bei der ersten Vorlage handelt es sich um den neuen *Verfassungsartikel über Atomenergie und Strahlenschutz*, welcher auf diesem Gebiete die Entscheidungsgewalt des Bundes vor den Kantonen unterstreicht, im Sinne einer eidgenössischen Aufsicht über die Verwertung der Atomenergie in unserem Lande. Der Verfassungsartikel ist in beiden Kammern der Bundesversammlung einstimmig angenommen worden, und eine überwiegende Mehrheit der Stimmberechtigten dürfte ihm am Abstimmungstage sicher sein.

Umstritten ist hingegen die zweite Vorlage, die an diesem Tage dem Volke zur Entscheidung vorgelegt ist. Es handelt sich hier darum, die geltende befristete *Brotgetreideordnung*, die Ende dieses Jahres außer Kraft treten wird, bis längstens Ende 1960 zu verlängern, um Zeit für die Ausarbeitung eines revidierten Getreidegesetzes zu gewinnen. Zur Zeit gilt noch die außerordentliche Gesetzesmaßnahme, die in der Kriegszeit geschaffen wurde und die durch das Getreidemonopol des Bundes einen ihrer wesentlichen Charakterzüge erhält. Wie man weiß, wurde im letzten Jahre dem Volk eine Vorlage unterbreitet, welche das Ziel hatte, eine Rückkehr auf den verfassungsmäßigen Boden vorzubereiten und damit die in der Kriegszeit geschaffene Ordnung abzulösen. Damit wäre auch das Getreidemonopol des Bundes aufgehoben worden. Diese Verfassungsvorlage wurde aber in der Volksabstimmung vom 30. September 1956 verworfen, und der Bundesrat entschied darauf, das Getreidegesetz der Vorkriegszeit den heutigen Verhältnissen anzupassen. Diese Arbeit ließ sich nun aber bis zum Ablauf der bestehenden Ordnung, also bis Ende 1957, nicht durchführen, weshalb den eidgenössischen Räten vorgeschlagen wurde, einen dringlichen Bundesbeschluß zu erlassen, der zur Folge gehabt hätte, daß der geltende Verfassungsartikel auf Ende 1957 hinfällig geworden wäre. Nun muß aber gemäß dem geltenden Recht ein dringlicher Bundesbeschluß nach Jahresfrist dem Volke zur Genehmigung vorgelegt werden, doch herrschte insbesondere im Ständerat die Meinung, der Zeitgewinn von nur einem Jahr wäre für die Ausarbeitung einer neuen Vorlage zu knapp gewesen. Deshalb hat sich der Ständerat mit beträchtlicher Mehrheit für die Verlängerung der bestehenden verfassungsmäßigen Übergangsordnung ausgesprochen, die nun am 24. November dem Volke und den Ständen zur Genehmigung vorgelegt wird. So bleibt das staatliche Einfuhrmonopol bestehen, wenn die Vorlage vom Volke genehmigt wird. Das ist ohne Zweifel ein Nachteil dieser Vorlage und man kann sich aus diesem Grunde fragen, ob das Volk der Verlängerung zustimmen wird. Bei näherer Überlegung wäre aber eine solche Zustimmung zu begrüßen, trotz dieser dirigistischen Bestimmung in der Vorlage. Wenn

nämlich die Verlängerung der geltenden Ordnung verworfen wird, so müßte die Vorkriegsordnung wieder in Kraft treten. Damit fiele einmal die Brotverbilligung durch den Bund dahin. Außerdem würde die Weißmehlabgabe aufgehoben werden. Vom Standpunkt der freien Wirtschaft müßte dieser Umstand freilich für die Zustimmung nicht entscheidend sein. Vielmehr würden sich bei einem negativen Ergebnis die Opponenten, welche vorgeben, die Interessen der Konsumenten maßgeblich zu vertreten, ins eigene Fleisch schneiden. Aber entscheidend ist ein anderer Punkt, daß nämlich bei einer neuen Inkraftsetzung der Vorkriegsordnung die Vorratshaltung auf einen Stand gebracht würde, welcher den heutigen Verhältnissen keineswegs entspricht. Das Vorkriegsgesetz beschränkt nämlich die Vorratshaltung auf einen Fünftel der heutigen Getreidelager. Gerade die Umstände der jetzigen weltpolitischen Lage lassen es dringend wünschbar erscheinen, daß aus diesem Grunde die bestehende Ordnung erhalten bleibt, weil eine ungenügende Vorratshaltung im jetzigen Zeitpunkt am allerwenigsten verantwortet werden kann. Dies sind, kurz zusammengefaßt, die Gründe, die dazu führen, der Vorlage trotz dem zweifellos unschönen Zug, den sie mit der Verlängerung des staatlichen Einfuhrmonopols aufweist — die freilich auf drei Jahre beschränkt bliebe, — am 24. November von liberaler Seite zuzustimmen.

* * *

Einige interessante Gesichtspunkte ergaben sich aus verschiedenen Tagungen im Rahmen des *Schweizerischen Gewerkschaftsbundes*. Es ist bekannt, daß die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* im allgemeinen einen radikaleren Kurs befürwortet als er in gewerkschaftlichen Kreisen für zweckmäßig erachtet wird, wobei man freilich nicht übersehen darf, daß die stillschweigende Rollenverteilung erheblich ins Gewicht fällt. Im besonderen Fall ist hier zu verweisen auf die ständigen Angriffe, welche alt Bundesrat Dr. Max Weber gegen die Konjunkturpolitik des Bundesrates und der Nationalbank richtet. Bei diesen Angriffen hat man oftmals das Gefühl, als spiele im Hintergrund irgendwie eine persönliche Ranküne mit, die mit der Verwerfung der von Herrn Dr. Weber im Bundesrat und im Parlament durchgesetzten Vorlage zur Bundesfinanzreform am 6. Dezember 1953 und mit seinem anschließenden, etwas überstürzten Rücktritt zusammenhängt. Diese Vermutung läßt sich nicht zuletzt auf den Umstand stützen, daß Herr Weber seine Angriffe stets in ganz besonders gehässiger Weise gegen seinen Nachfolger im Amt, Bundesrat Streuli, richtet.

Es läßt sich nun sagen, daß die Gesichtspunkte nicht nur in dieser Beziehung, sondern ganz allgemein, in den Kreisen der Gewerkschaften größtenteils toleranter und vorsichtiger gewertet und behandelt werden. Dies ging in klarer Weise unter anderem hervor aus den Verhandlungen, welche der Kongreß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zu Ende Oktober in Lausanne durchführte. Was im besonderen die *Kapitalmarktpolitik des Bundes* betrifft, so wurden an diesem Kongreß, ganz im Gegensatz zu der Haltung des Herrn Weber, durchaus gemäßigte und vernünftige Worte gesprochen. So führte Dr. Edmund Wyß aus, die Mittelverknappung auf dem Kapitalmarkt sei entstanden, weil die inländische Kapitalnachfrage alle bisherigen Rekorde schlug und gleichzeitig der Zahlungsbilanzüberschuß verschwand. Die Erhöhung des Diskontsatzes habe den Umschwung in der Zinsgestaltung nicht ausgelöst, sondern sie entsprang der Notwendigkeit einer Anpassung der Notenbanksätze an die bereits gestiegenen Marktsätze. Auch die Sterilisierungspolitik des Bundes trage an der Kapitalverknappung nicht die Hauptschuld. Eine vollständige Freigabe der sterilisierten Bundesmittel

hätte die Situation auf dem Kapitalmarkt höchstens vorübergehend, keineswegs aber auf die Dauer grundlegend geändert. Dr. Wyß schloß sich in seinen Ausführungen weitgehend den «Grundsätzen und Empfehlungen zur Kapitalmarktpolitik» des Beratenden Ausschusses für Konjunkturfragen an. Dies nimmt sich freilich ganz anders aus und entspricht auch viel mehr den Forderungen der Gerechtigkeit als die Haltung des Herrn Dr. Weber, sind doch die Vertreter der Gewerkschaften selbst Mitglieder dieses Beratenden Ausschusses, wo sie den erwähnten Schlußfolgerungen ausdrücklich zustimmten. In diesem Sinne schrieb übrigens die «Arbeit», Monatsorgan des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes: «Wir halten persönlich die bisherigen konjunkturdämpfenden Maßnahmen nach wie vor alle richtig und nötig.»

Sehr beachtenswert waren übrigens auch die Ausführungen des Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Arthur Steiner, die er am Kongreß in Lausanne darlegte. Erfreulich erschien vor allem die Festlegung, man solle die Gewerkschaften das *Problem der Arbeitszeitverkürzung* selbst lösen lassen, und zwar auf dem vertraglichen Boden, und nicht mit staatlichen Maßnahmen, wie es der Landesring will, der sich doch sonst immer besonders markant als Gegner der Staatswirtschaft firmiert. Einleuchtend waren in dem Referat auch die Ausführungen über die *europäische Integration*, indem der Referent die Haltung des Bundesrates in dieser Frage vollumfänglich deckte, im Sinne der Ablehnung des Gemeinsamen Marktes aus Gründen der Neutralität und aus wirtschaftlichen Überlegungen und der Befürwortung einer Freihandelszone.

Sehr bemerkenswerte Ausführungen machte der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ferner in Schaffhausen anläßlich der Tagung des «Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes». Auch hier wurde die Kapitalmarktpolitik des Bundesrates grundsätzlich gedeckt, und zudem wurde eine deutliche Warnung vor überflüssigen Investitionen erlassen. Dort legte Nationalrat Steiner ein betontes *Bekenntnis zum freien Wettbewerb* ab. Die Wirtschaft müsse sich messen können, und der Drang nach staatlicher Preisregelung passe nicht zu unserem Wirtschaftssystem. Auch vor diesem Forum wurde klar dargelegt, daß die Gewerkschaftsbewegung *auf dem Boden des Vertrages* stehe, der eine Brücke zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer errichte.

Interessant ist die Behandlung eines Antrages des Gewerkschaftskartells des Kantons Wallis auf dem Kongreß des Gewerkschaftsbundes in Lausanne. In dem Antrag war vom Gewerkschaftsbund die Lancierung einer Initiative verlangt worden, welche die *Verstaatlichung des Gesundheitsdienstes* zu verwirklichen hätte. Nachdem bereits der Referent der Walliser Sektion bei der mündlichen Begründung des Antrages den gedruckten Text wesentlich gemildert hatte, wurde die staatssozialistische Initiative vom Sprecher des Bundeskomitees nur in einer noch weiter wesentlich gemilderten Form entgegengenommen, nachdem das Bundeskomitee den ursprünglichen Antrag ohne weiteres abgelehnt hatte.

Endlich erscheint aufschlußreich die Haltung der Gewerkschaften zur Frage der *Beteiligung der Sozialdemokraten am Bundesrat.* Nachdem seit dem Rücktritt von Herrn Dr. Weber stets, wenigstens in Kreisen der Partei, kompromißlos der Anspruch auf eine Doppelvertretung im Bundesrat verkündet worden war, und zwar im Sinne einer unabdingbaren Forderung, wurde auf dem Kongreß des «Metall- und Uhrenarbeiterverbandes» in Schaffhausen ohne weiteres erklärt, es sei nachgerade dringlich, den Span, der mit dem Austritt von Dr. Max Weber aus der Landesregierung entstanden sei, zu beseitigen und die Arbeiterschaft im Bundesrat wieder zu einer Vertretung

kommen zu lassen. Ob ein Vertreter oder zwei Bundesräte, das könne kein Kriterium sein. Diese Haltung scheint übrigens aus der Gewerkschaftsbewegung bereits nicht unwesentlich in die Partei auszustrahlen. Anscheinend verliert die Formel «Zwei oder keiner» auch in Parteikreisen an Zugkraft — jedenfalls hat die Sektion Wil der Sozialdemokratischen Partei zu Handen des Parteitages den Antrag gestellt, diese Forderung formell abzuschreiben.

Gespräche über politische Probleme unserer Demokratie

Jahrelang hat man den politischen Meinungsaustausch zwischen der dynamischeren Jugend und dem besinnlicheren Alter, und ganz besonders zwischen der heranwachsenden akademischen Generation und den Praktikern in Politik und Wirtschaft, vernachlässigt. So konnte es nicht verwundern, wenn bei abstimmungspolitischen Auseinandersetzungen, bei Gesprächen über die Gestaltung unserer Demokratie und im Parteileben, die Stimme der Jugend immer seltener gehört wurde. Die *Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau* (Redressement National) versucht seit geraumer Zeit, diese Lücke im politischen Leben unseres Landes zu schließen, und es darf festgehalten werden, daß erfreulicherweise die Idee der Gespräche über die Grenzen der Altersstufen zunehmend auch von den politischen Parteien aufgenommen wurde.

Die diesjährige 6. Jahrestagung der «Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau» im Parkhotel Gießbach am Brienzersee vereinigte annähernd 100 Studenten, Politiker und Berufsleute. Erstmals traf sich ein starkes Kontingent aus der Westschweiz mit den Deutschschweizern, so daß die Betrachtungen von Nationalrat Prof. *O. Reverdin*, Chefredaktor des «Journal de Genève», über das *heutige Verhältnis zwischen der welschen und deutschen Schweiz* gleich zu Beginn jene Atmosphäre des regen Diskutierens, aber auch des gegenseitigen Verstehens schufen, die man sich für die zur Behandlung gelangenden Themen wünschte.

Wenn den Organisatoren ein Wunsch für die nächste Tagung unterbreitet werden darf, dann der, daß dem geselligen Beisammensein mindestens ein Abend reserviert werden sollte. Allzu selten sitzen die Schweizer diesseits und jenseits der Saane beisammen. Die wenigen Gelegenheiten dürften an der Krise des Vertrauens zwischen deutschen und welschen Eidgenossen keine geringe Schuld tragen. Eine offiziell geleitete Diskussion kann niemals Ersatz bieten, denn das wirklich Menschliche und Individuelle kommt erst in der zwanglosen, freien Plauderei, die auf wohlabgewogene Formulierungen verzichtet, zum Ausdruck.

Zwei aktuelle politische Probleme grundsätzlicher Art bildeten den Mittelpunkt der Tagung. Nach einleitenden Referaten von Dr. *F. Gächter*, Sekretär des Finanzdepartementes des Kantons St. Gallen, über die Frage «Ist eine dauernde direkte Bundessteuer nötig und staatspolitisch erwünscht?» und Dr. *Ch.-A. Junod* über «Die Zielsetzung einer schweizerischen Kartellgesetzgebung», nahm sich je eine Arbeitsgruppe dieser Probleme an.

Dr. Gächter verstand es, die staatsrechtliche und verfassungsmäßige Struktur unseres Bundesstaates in treffenden Formulierungen darzustellen, aus der notwendiger-

weise jener ungeschriebene Verfassungsgrundsatz «die indirekten Steuern dem Bunde, die direkten den Kantonen» hervorgehen muß, sofern der Föderativstaat lebensfähig bleiben soll. Da aus staatspolitischen, finanz- und sozialpolitischen Gründen, für die der Referent im einzelnen die Beweisführung antrat, eine dauernde direkte Bundessteuer abgelehnt werden muß, darf man sich nur bereit erklären, dem Bunde ausnahmsweise im Falle des Krieges oder der Krise diese Quelle vorübergehend zu überlassen.

Unter dem Vorsitze von Dr. *R. Eibel* wurden verschiedene grundlegende Thesen diskutiert und bereinigt. Dabei trat vorerst ein gewisser, quasi inverser «Generationenkonflikt» zutage. Die jüngeren Teilnehmer erwiesen sich gegenüber den klassischen föderalistischen Thesen betont skeptisch und neigten in ihren Voten, in denen modernste und keineswegs abgeklärte Fiskaltheorien ihren Niederschlag fanden, eher einer opportunistischen Haltung zu. Die ältere Generation hingegen betonte das staatspolitisch-grundsätzliche Moment, wobei u. a. auch die Möglichkeit der Lancierung eines Volksbegehrens auf Reservestellung der Wehrsteuer zur Diskussion gestellt wurde. Immerhin einigte man sich schließlich auf Richtlinien, die deutlich zum Ausdruck bringen, daß eine unnötige Weiterführung und verfassungsmäßige Verankerung einer dauernden direkten Bundessteuer als eine bewußte Weichenstellung auf den Fiskalzentralismus zu betrachten ist, daß die Besteuerung derselben Steuersubstanz nach verschiedenen Steuergesetzen gegen den Grundsatz der steuerlichen Belastung des Bürgers nach seiner Leistungsfähigkeit verstößt, daß heute auf die Wehrsteuer als dauernde Einnahmequelle des Bundes verzichtet werden könne und sie deshalb nur als Steuerreserve des Bundes in Frage kommen sollte, deren subsidiärer und außerordentlicher Charakter als zweckgebundene und befristete Einnahmequelle des Bundes bei der Neuordnung der Bundesfinanzen zu statuieren wäre.

Es verdient ferner festgehalten zu werden, daß die Arbeitsgruppe nach einer lebhaften Kontroverse über die konjunkturpolitische Funktion der direkten Bundessteuer zum Schlusse kam, die Fiskalpolitik sei zwar theoretisch geeignet, das konjunkturpolitische Instrumentarium des Staates zu ergänzen, doch versage sie in dieser Hinsicht praktisch meistens zufolge politischer Einflüsse und Druckmittel und wirke sich nicht selten als Gegenteil des Gewollten aus. Keineswegs verkannt wurde das Problem der wirtschaftlich benachteiligten Kantone. Die Wehrsteueranteile der Kantone hingegen wurden weder als ein gesundes noch als ein geeignetes Mittel des wünschenswerten interkantonalen Finanzausgleichs betrachtet.

Dr. *Junod* fiel die schwierige Aufgabe zu, in seinem grundlegenden Referat den Erlaß eines schweizerischen Kartellgesetzes, sowohl aus rechtlichen Gründen als auch im Hinblick auf die Entwicklung der schweizerischen Wirtschaftsstruktur, zu motivieren. Das anzustrebende Ziel des Kartellgesetzes sei doppelter Art. Einerseits solle die Aufrechterhaltung des freien Wettbewerbes als Grundlage unserer Wirtschaft gesichert und anderseits der Schutz der persönlichen Freiheitsrechte, soweit sie durch gewisse Formen des Kartellzwanges bedroht sind, garantiert werden. Der Referent wies mit Nachdruck auf die rechtlichen Möglichkeiten hin, deren Grundlagen in der Bundesverfassung bereits verankert sind. Die gegenüber der bisherigen Rechtsprechung schärfere Erfassung des innern und äußern Kartellzwanges wäre durch eine entsprechende Abänderung des Art. 28 des Zivilgesetzbuches zu ermöglichen, während das sich zurzeit in Ausarbeitung befindende Mißbrauchsgesetz einen breiten Rahmen im Art. 31 der Bundesverfassung besitze. Trotzdem eine derartige Kartellgesetzgebung grundsätzlich auf dem Boden des Privatrechtes stehen müßte, sollten nach Dr. Junod gewisse öffentlich-rechtliche Elemente zum Schutze der allgemeinen Interessen und der freien Konkurrenz eingefügt werden.

Prof. Dr. *H. Merz* leitete die sich mit dieser schwierigen Materie befassende Arbeitsgruppe. Es zeigte sich gleich zu Beginn, daß nur wenige Studenten das nötige Rüstzeug mit sich brachten, um zu den vorgelegten Thesen in freier Diskussion Stellung zu nehmen. Das bewog den Leiter der Arbeitsgruppe, das System des Seminars, mit seinem

klar umrissenen Frag- und Antwortspiel, zur Anwendung zu bringen. Auf diese Weise gelangte die Arbeitsgruppe zu einer etwas vereinfachten Begriffsbestimmung des Kartells, nämlich im Sinne einer vertraglichen Vereinbarung zwischen selbständigen Unternehmungen, mit dem Zwecke der Konkurrenzbeschränkung, worunter rein rechtlich die Gewerkschaften nicht zu subsumieren wären. Eine Rechts- und Wirtschaftsanalyse der horizontalen Kartellabmachungen, also der Zusammenschlüsse jener Unternehmungen, die in derselben Branche auf der gleichen Wirtschaftsstufe tätig sind, führte zum Schlusse, daß sich in diesem Bereiche keine neu aufzurichtenden Schranken oder gar Verbote aufdrängten. Anderer Auffassung war man hingegen bezüglich der vertikalen Kartellabmachungen, also jener Vereinbarungen, die darnach tendieren, sich über verschiedene Marktstufen hinweg zu organisieren, mit dem Zwecke der Ausschaltung eventuell auftretender Außenseiter.

Man spricht in diesem Zusammenhang von exklusivvertraglichen Vereinbarungen. Sofern dem Außenseiter jede Möglichkeit genommen wird, sich wettbewerbsmäßig am Markte zu beteiligen (Verdrängungsboykott), soll die Kartellabmachung als nichtig erklärt werden, es sei denn, das Kartell könnte den Nachweis erbringen, daß diese Marktschließung für die ganze Branche existenznotwendig sei. Ebenso erachtete es die Mehrheit als notwendig, den Unterwerfungsboykott, also jene Bestimmungen, welche die Außenseiter zum Eintritt in den Verband und damit zur Unterwerfung unter die Kartellbestimmungen zwingen wollen, rechtlich als nichtig zu erklären. Immerhin wollte man auch in dieser Hinsicht Ausnahmen zulassen, sofern die Kartellbestimmungen einem nachweisbaren allgemeinen Branchen- oder Volkswirtschaftsinteresse entsprächen.

Vieles mag am Ende der Arbeit in dieser Gruppe noch ungeklärt geblieben sein. Eines aber nahm jeder Beteiligte mit nach Hause, nämlich die Feststellung, daß dem Kartellproblem mit simplifizierenden Verbotsbestimmungen in der Art der Kartellinitiative nicht beizukommen sei. Wir geben auch zu, daß der Diskussionsleiter es verstand, die Arbeitsgruppe, dank seiner souveränen Beherrschung der Materie, in die Richtung seiner eigenen Thesen zu drängen, so daß die absolute Freiheit der Meinungsäußerung in gewissem Sinne eingeschränkt war. Unvergeßlich wird aber besonders der jüngeren Generation die Methodik der Erarbeitung einer an Schwierigkeiten kaum zu überbietenden Materie sein.

Den dritten und letzten Tag bestritt der Leiter des kulturellen Auslandpressedienstes der *Pro Helvetia*, Dr. *C. Doka*, der die Haltung der Schweiz gegenüber der europäischen Zusammenarbeit und europäischen Integration zur Diskussion stellte. Die Aussprache wich von den grundlegenden ökonomischen Problemen eher ab und erreichte in kühnem Flug das der zu fester Grundsatzhaltung neigenden Jugend am nächsten stehende Problem der schweizerischen Neutralität, die von einer Minderheit als unzeitgemäß verurteilt wurde. Während diese einen kompromißlosen Anschluß an das zum Teil integrierte Europa forderte, bekannte sich die Mehrheit zum vorsichtigen Festhalten am Bewährten und zur Notwendigkeit der Prüfung neuer Systeme von Fall zu Fall, stets unter der bleibenden Maxime der absoluten Neutralität.

Das rege Interesse an dieser für unsere Demokratie lebenswichtigen Frage zeigt, daß die Veranstalter gut beraten wären, wenn sie die verschiedenen Aspekte der Neutralität als Haupttraktandum einer künftigen Gießbachtagung unterbreiten würden. Die zur Tradition gewordene Zusammenkunft aber verdient weiterhin die Unterstützung der bürgerlich gesinnten Kreise, haben doch gerade sie allen Grund, die wirtschaftliche und politische Willensbildung der jungen Generation sorgfältiger als bisher zu beobachten.

Heinz Schmutz

Der Westen definiert sich

Studienkonferenz über die Atlantische Gemeinschaft in Brügge

«Wer in den letzten Jahren die politische, militärische und ökonomische Entwicklung verfolgt hat, wird nicht behaupten können, daß die Atlantische Gemeinschaft heute politisch, militärisch und wirtschaftlich gesicherter ist als noch vor zwei oder drei Jahren. Zu keinem Zeitpunkt der Nachkriegsgeschichte bestand eine dringlichere Notwendigkeit als heute zu einer Neueinschätzung dessen, was wir unter Atlantischer Gemeinschaft zu verstehen haben.» Diese Warnung sprach der Direktor des außenpolitischen Forschungsinstitutes an der Universität Pennsylvania, *Robert Strauß-Hupe*, im September aus — bei der Eröffnung einer siebentägigen «Studienkonferenz über die Atlantische Gemeinschaft», zu der 100 Persönlichkeiten aus Westeuropa und Amerika nach Brügge gekommen waren. Als diese vom Collège d'Europe und von der Universität Pennsylvania ausgelesene «Hundertschaft», darunter Politiker, Professoren, Publizisten, Wirtschaftsfachleute und Gewerkschafter von diesseits und jenseits des Atlantik, über die Atlantische Gemeinschaft, über ihre geistigen Grundlagen und über ihre Gefährdung von innen und von außen debattierte, als die «Atlantik-Männer», wie sie von dem Amerikaner *Clarence Streit* angeredet wurden, eine Katalogisierung der Gemeinsamkeiten innerhalb der Atlantischen Partnerschaft vornahmen, war der rote Mond noch nicht zu seiner spektakulären Reise gestartet. Sein unüberhörbares «bip-bip» klang der westlichen Welt noch nicht wie ein weltpolitisches Zeitzeichen in den Ohren, und von der Moskauer Kommandobrücke herab war diese wissenschaftliche Errungenschaft noch nicht als neueste Handelsmarke für die Überlegenheit der sowjetischen Zivilisation reklamiert und im gleichen Atemzug ausgebeutet worden. Kurzum, der sowjetische Erdsatellit hatte noch nicht die Warnung an den Himmel geschrieben, daß nun, da auch der amerikanische Kontinent verletzbar geworden ist, die freie Welt für ihre Sicherheit mehr als je zuvor auf die vorhandenen Verteidigungsbündnisse und auf eine neue Phase der intensiven technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft angewiesen sein wird.

Wir erwähnen die Herausforderung durch den «Sputnik» — eine Herausforderung, die vielleicht einen ähnlich heilsamen Schock auslösen wird wie die Blockade Berlins, die zur Konstituierung der NATO führte —, weil die Intellektuellen, die in Brügge warnend und mahnend sprachen, eine Antwort vorwegnahmen, obwohl sie sich nicht mit einer ideologischen Untermauerung der NATO oder gar mit der Erfindung einer Art NATESCO zu befassen hatten. Die Antwort lag in dem von dieser Studienkonferenz erarbeiteten Bewußtsein, daß die Alte und die Neue Welt durch ein gemeinsames Erbe und durch einen gemeinsamen Gegner zu einer Schicksalsgemeinschaft wechselseitigen Gebens und Nehmens verbunden sind, und daß diese Atlantische Gemeinschaft — das ist vielleicht das Entscheidende — hinfort nicht mehr die «Eine Welt» ist. Die machtpolitischen Spannungen zwischen dem Osten und dem Westen werden nicht in einem Zivilisationsraum ausgetragen, sie sind vielmehr eine Auseinandersetzung zwischen zwei gegensätzlichen, einander ausschließenden Zivilisationsformen. So gesehen, verlieren die realen Antagonismen innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft ihre Wichtigkeit und die Gemeinsamkeiten treten stärker in den Vordergrund. Nationale Alleingänge sind nunmehr selbstmörderisch geworden; sie erfüllen die Erwartungen des Gegners: «Der anglo-amerikanische Antagonismus umfaßt einen großen Kreis von Fragen. Unter dem Schlagwort Atlantische Gemeinschaft bemächtigt sich der amerikanische Konkurrent der strategischen und wirtschaftlichen Hauptstellungen des britischen Reiches. Er arbeitet darauf hin, in den Verbindungslinien des Empire Fuß zu fassen. Es ist deshalb nicht überraschend, daß in Großbritannien und auch in Frankreich der Wunsch wächst, dieser Situation, in der die Atlantische Ge-

meinschaft nur einem Partner zugute kommt, ein Ende zu bereiten», hoffte Chruschtschew beim XX. Parteitag.

Was ist die Atlantische Gemeinschaft? *Hans Kohn*, der nicht nur die Konferenz angeregt und grundsätzlich vorbereitet hatte, sondern sie dann auch in Brügge wie der Geist von Hamlets Vater zu Aktionen anfeuerte, definierte die Atlantischen Werte negativ. «Hitler und Lenin wußten, was sie bekämpften.» Die Grenzen der Atlantischen Gemeinschaft, meinte Kohn, sind nicht geographisch bestimmt. Sie gehen durch die Köpfe und Herzen der Menschen. 1940 waren sie am Ärmelkanal. Heute mögen sie an der deutsch-polnischen Grenze liegen.

Die Atlantische Gemeinschaft wurde also als eine zivilisatorische Einheit verstanden, in der die abendländische Tradition legitim verwaltet wird. In sieben Kommissionen wurden dann Einzelfragen der westlichen Situation behandelt: «Religion und geistige Werte», «Erziehung und Sprache», «Wissenschaftlicher und technologischer Fortschritt», «Die Ursachen der Spannungen», «Die Atlantische Gemeinschaft und der Totalitarismus», «Die Atlantische Gemeinschaft und die unterentwickelte Welt», «Das Institutionelle Rahmenwerk». Als zum Schluß der Kommissionssitzungen die Ergebnisse in einer Plenarsitzung vorgetragen wurden, da ergab sich, daß die gemeinsame Basis zwischen Alter und Neuer Welt reichhaltiger ist, als ihre bisherige politische Institutionalisierung erkennen läßt. In sechs Punkten wurde gleichsam eine «intellektuelle Atlantik-Charta» aufgestellt: 1. Respektierung des unveränderlichen Wertes jedes Menschen, 2. Freiheit des moralisch verantwortlichen Individuums, 3. Ein von der Freiheit untrennbares Gefühl für Solidarität, 4. Toleranz und freie Diskussion, 5. Bewußtsein der Relativitäten der Prinzipien, die nicht exklusiver Besitz der Atlantischen Gemeinschaft sind, 6. Ständige Notwendigkeit zur Übertragung dieser Prinzipien in die soziale Wirklichkeit. — Aus diesen Grundsätzen wurde gefolgert, daß die «Mängel in der Atlantischen Gemeinschaft nicht das Resultat der Anwendung dieser Prinzipien, sondern einer Abkehr von ihnen sind».

Der Gegensatz dieser offenen, freien, «dialogischen» Zivilisation, dieser «Einheit in der Mannigfaltigkeit» ist der Totalitarismus, der als eine Gesellschaftsform definiert wurde, «in welcher der Staat der absolute Machthaber in der Politik, der einzige Unternehmer in der Wirtschaft, der Dirigent der öffentlichen Meinung und Erziehung und der Gott einer neuen säkularisierten Religion ist». Die totalitäre Zivilisation, die in der östlichen halben Welt ihren Ausdruck findet, ist durch die Krisen und Evolutionen im kommunistischen Bereich nicht grundsätzlich verändert worden, denn alle bisherigen Reformen hätten die grundsätzliche totalitäre Struktur, das politische Machtmonopol der kommunistischen Partei, nicht verändert. Zudem sei die Chance, daß das totalitäre System an einer inneren Krise zusammenbrechen werde, sehr gering, solange dieses System in der Lage ist, technologische und militärische Erfolge wie die «interkontinentalen Geschosse» zu erreichen.

Zu interessanten Schlußfolgerungen kam jene Kommission, die sich mit dem «Institutionellen Rahmenwerk» befaßt hatte. Sie hatte zu prüfen, wie weit die geistige Atlantische Gemeinschaft, die geschichtlich älter und geographisch umfassender ist als die NATO-Organisation, institutionell sichtbar gemacht werden kann. «Nach sorgfältiger Prüfung», stellte die Kommission fest, «kam man zu der Auffassung, daß die NATO das wirksamste Instrument für die Verwirklichung der Atlantischen Gemeinschaft ist.» Und sie empfahl deshalb, «daß die NATO ihre Stärke und ihre Struktur einer neuen Situation anpassen muß, die an Dringlichkeit das übertrifft, das die NATO ins Leben gerufen hat... Es ist unsere Aufgabe, die geistigen Werte in Handlungen zu übersetzen».

Ein Antrag von Nationalrat *Willy Bretscher*, daß ein ständiges Komitee gebildet werden solle, dem die Durchführung der in Brügge ausgearbeiteten Empfehlungen zu übertragen ist, wurde angenommen, und eine dieser Empfehlungen schlägt die Gründung eines «Atlantischen Institutes» vor, das «ein Brennpunkt der kulturellen Antwort der Atlantischen Gemeinschaft auf die Herausforderung des Kommunismus» sein soll.

Insgesamt machte diese bedeutsame Konferenz die Mutationen sichtbar, die sich in dem, was heute Atlantische Gemeinschaft genannt wird, vollzogen haben. Einstmals, als europäische Siedler nach Nordamerika auswanderten und mit ihnen die westliche Zivilisation jenseits des Atlantik Fuß faßte, war diese Zivilisation in der Expansion. In ihren Grenzen war die Welt zu Hause. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges lag das weltpolitische Schwergewicht an den Rändern des Atlantik. Das politische Herzstück der Atlantischen Gemeinschaft, die anglo-amerikanische Partnerschaft, war dabei nicht einmal eine natürliche, selbstverständliche, sondern eine künstliche und fragile Allianz. *Churchill* wußte es und hämmerte es ein: «Wenn wir zusammen sind, ist nichts unmöglich; wenn wir getrennt sind, wird alles fehlschlagen.» Und Churchill wußte ebenfalls, daß die anglo-amerikanische Partnerschaft, trotz der intimen Verwandtschaft, der ständigen Wartung bedürfe. Aus dieser Partnerschaft gingen die Vereinten Nationen hervor, und unter Anerkennung des Artikels 51 der Vereinten Nationen wurde 1949 die NATO ins Leben gerufen — als die Sowjets Berlin blockierten und in der Atlantischen Gemeinschaft die Illusion der «Einen Welt» erstarb. Wo sich in den Nachkriegsjahren Spannungen im Gefüge der Atlantischen Gemeinschaft ergaben, waren sie sozusagen die Folge eines falschen Bewußtseins über die weltpolitische Situation — der Illusion, daß Europa die Rolle einer «dritten Kraft» spielen könne. Der russische Erdsatellit hat den Preis für den Eintritt in die Zone der Supermächte so beträchtlich heraufgesetzt, daß sich hinfort Rivalitäten unter den Partnern der Atlantischen Gemeinschaft erübrigen sollten. «Wir sitzen alle in einem Boot», sagte *Hendrik Brugmans*, der Rektor des Collège d'Europe. Daß es sich dabei nicht nur um eine Notlage handelt, sondern um eine geschichtlich gewachsene Tatsache — daran erinnerte die Brügger Konferenz.

Alfred Schüler

Bericht aus Paris

Ministerkrise oder Krise des Regimes?

Während neunzehn Tagen der Krise war Frankreich ohne Regierung und fühlte sich dennoch nicht viel schlechter. Antoine Pinay, dessen Pflichtgefühl und Vermittlergabe man kennt, ist nach einigen andern ebenfalls in den Wettstreit eingetreten. Wenn er vom Präsidenten der Republik die schwierige Aufgabe der Regierungsbildung angenommen hat, so deshalb, weil er von der Notwendigkeit durchdrungen ist, die Männer guten Willens zu vereinigen, und er es für möglich hält, eine versöhnende Formel obsiegen zu lassen, ein gemeinsames Minimalprogramm, das die Ministerkrise zu lösen erlaubt. Doch welches auch die Zusammensetzung der künftigen Regierung sein mag, es wird unumgänglich sein, daß die Parteien allseits Beweis einer großen Uneigennützigkeit ablegen, denn die Gegensätze, welche die Krise auslösten, bleiben offen. Hervorgerufen durch die Ablehnung des algerischen Rahmengesetzes, unterstreicht sie die Schwierigkeit, das Problem Algerien auf politische Weise zu lösen. Werden ohne Rahmengesetz die Ideen föderalistischer Eingebung, die es zum Ausdruck brachte, den Sturz des Kabinetts Bourgès-Maunoury überleben? Zahlreiche Abgeordnete wünschen es, denn wenn den nationalen Parteien über das zukünftige Statut Algeriens keine Einigung gelingt, könnte die Ministerkrise in kurzem zu einer Krise des republikanischen Regimes ausarten. Trotz den Illusionen oder Hoffnungen, die diese Perspektiven in gaullistischen Kreisen erwecken, droht die äußerst zufallsbedingte Lösung einer solchen Krise das Land ins Chaos zu stürzen. Jacques Soustelle, der durch seine ungestüme Rede gegen die algerische Politik der Regierung den Sturz des Kabinetts herbeiführte,

erscheint jedoch nicht als der Sieger in dem Streit, dessen Einsatz nichts anderes ist als das Schicksal Nordafrikas. Die tatsächlichen Sieger sind die Kommunisten. Sie allein können sich nach ihrer Gewohnheit zur Politik des Schlimmsten beglückwünschen. Sie ließen es sich nicht entgehen zu verkünden, Frankreich weise jedes Verständnis dem algerischen Volk gegenüber von sich, was in allen Treuen die Tatsachen widerlegen. Der Beweis ist jedoch erbracht, daß man Algerien nicht rettet, indem man ihm Einrichtungen des Mutterlandes aufzwingt, sondern indem man Leib und Gut derjenigen Mohammedaner zu beschützen fortfährt, die Frankreich treu geblieben sind, und indem man ihnen erlaubt, in Frieden zu arbeiten, und die Terroristen außerstande setzt, zu schaden.

Das Rahmengesetz für Algerien

Einige sahen immerhin im Rahmengesetz das Zeichen eines unbestreitbaren Fortschritts. Aber die Annahme des Einheitswahlkeises und die Bildung einer Föderativversammlung in Algerien, ausgestattet mit einer Exkutive, schien vielen die automatische Ausschaltung der französischen Minderheit vorzubereiten. Räumt man den algerischen Arabern Privilegien dieser Art ein, so entgegnete man, mit welchem Recht verweigerte man sie dann den Elsässern, den Bretonen, den Flamen, Picarden, Lothringern und Basken? Es ist eine Tatsache, daß die zukünftige Föderativversammlung in Algier auf einen Franzosen neun Mohammedaner zählen sollte. Man kann sich also fragen, mit welchen Mitteln die Regierung im Mutterland diese Versammlung hindern könnte, ihre Selbständigkeit zu erklären, die algerische Republik auszurufen, die Sahara für sich zu fordern und den Algerienfranzosen ihr Besitzrecht streitig zu machen (wie es in Ägypten und Tunesien geschehen ist). Man hat erlebt, mit welcher Unbekümmertheit die Nationalisten dieser Länder mit dem Mutterland gebrochen haben. Ist nun der Moment, denjenigen Algeriens neue Hoffnungen zu geben? Denn sobald diese auf dem Feld der Macht besiegt sein werden (ein Feld, das sie selbst gewählt), werden sie mit Sicherheit ihre Forderungen, unterstützt vom Ausland, wieder aufnehmen. Es ist gewiß, daß sie daraufhinarbeiten werden, den Ansatz einer Exekutive, den das Rahmengesetz vorsieht, in eine autonome Regierung, den Ansatz eines Parlaments in eine Nationalversammlung umzuwandeln, und das von niemand bestrittene, legitime Prinzip der Entwicklung einmünden zu lassen in einen Triumphmarsch zur Loslösung.

Diese These, welche die von den Gegnern der unmittelbaren Unabhängigkeit am häufigsten vorgebrachten Argumente zusammenfaßt, wird im Parlament von vielen Führern der Gemäßigten, Radikalen, sogar der Sozialisten unterstützt, unter den letztern von Robert Lacoste, dem Generalresidenten in Algier, der das Kunststück zustande brachte, an Ort und Stelle als ein Mann mit eiserner Faust zu gelten, ohne sich deshalb das Vertrauen der gestrengen SFIO zu verscherzen. Diese These steht aber im Gegensatz zu den in einem Teil der öffentlichen Meinung recht verbreiteten Tendenzen, nach deren Wunsch Algerien mit einer weitgehenden Autonomie und einer gewählten Exkutive ausgestattet werden sollte. Die große Mehrzahl der Mohammedaner, erklärt man in diesen Kreisen, verharrt bis anhin abwartend. Frankreich hat jetzt den militärischen Vorteil, das ist unleugbar. Davon muß es profitieren, um den Mohammedanern eine Zukunft zu bieten, die ihnen die Gewißheit gibt, in eine franko-afrikanische Vereinigung auf dem Fuße der Gleichheit einzutreten. Entspricht Frankreich dieser Erwartung, so wird die Befriedung beschleunigt und der Anschluß der algerischen Mohammedaner immer größer.

Rußland beutet den arabischen Nationalismus aus

Robert Lacoste, der im Innern Algeriens eine wirkliche Dezentralisierung durchgeführt hat, setzte vor dem Sturz des Kabinetts das Prinzip einer Reorganisation des Landes in sechs verschiedene Territorien durch, die in einer Föderativversammlung

vertreten sein sollen. Denn es versteht sich von selbst, daß man nicht ohne Gefahr in der Peripherie Einrichtungen schaffen kann, wenn nicht auf der Ebene des ganzen Frankreichs föderalistische und starke Einrichtungen geschaffen werden; ohne sie droht das ganze Gebäude auseinanderzubrechen. Der Kongreß von Bamako, an dem die nationalistischen Übersteigerungen der Einheimischen frenetisch zu Tage getreten sind, war in dieser Hinsicht sehr aufschlußreich. Der schwarze Abgeordnete der Elfenbeinküste, Houphouët-Boigny, der den Kongreß leitete, mußte trotz seines großen persönlichen Prestiges vorübergehend vor den revolutionären Forderungen seiner Rassegenossen das Präsidium abgeben.

Die Kommunisten ließen es sich nicht entgehen, seit Monaten die Politik des residierenden Ministers in Algier anzuprangern, der dem Aufstand die Stirn geboten und sich bemüht hat, die sowjetische Einmischung von Nordafrika abzuweisen. Denn für den mutigen sozialistischen Leader ist die Hauptfrage nach wie vor: «Bleibt das Mittelmeer ein westliches Meer oder wird es in Kürze ein von russischer Propaganda überzogener Raum?» Werden die russischen U-Boote, die neulich eingefahren sind, im Mittelmeer vereinzelt und harmlos bleiben, oder stellen sie die Vorhut eines Geschwaders dar, dem die unabhängigen Staaten Nordafrikas früher oder später den Schutz ihrer Häfen zu gewähren haben? Man muß eine recht oberflächliche Kenntnis der arabischen Welt haben, um zu denken, Algerien werde dem Einfluß Rußlands entgehen, während dieser siegreich im Mittleren Osten und in Ägypten eingedrungen ist. Sei es der Suezkanal oder seien es die Ölleitungen Iraks oder des Persischen Golfs, diese Hauptdurchgangsbahnen sind in der Hand Sowjetrußlands. Es nimmt für eine unberechenbare Zahl von Jahren die Schlüsselpositionen des östlichen Mittelmeers ein, die bis dahin das unbestrittene Erbteil des Westens waren.

Unstabilität der Regierung — eine gefährliche französische Krankheit

In den politischen Kreisen ist im Augenblick nur die Rede von den Gefahren, denen das «republikanische Regime» unterworfen ist. Rechts wie links bestreitet niemand mehr, daß das Land bedrohlichen Wirren ausgesetzt ist; die öffentliche Meinung spricht einmütig von der dringenden Notwendigkeit, der Unstabilität der Regierung zu steuern; im Zusammenhang damit hat Paul Reynaud gesagt, sie errege den Spott der Welt und ihre Verachtung. Einige denken im Parlament, die Gelegenheit sei einmalig, die Verfassung zu ändern, dem Land weise Einrichtungen und eine lebendige Regierungsform zu geben, nach denen die Mehrzahl der Franzosen seit langem streben. Es ist in der Tat nur zu wahr, daß, wenn die Parteien jetzt nicht auf eine Verfassungsänderung wirken, sie darauf nie wirken werden, und niemand verkennt mehr die Art von Diktatur, die in diesem Fall auf das heutige Regime folgen würde.

Felix Gaillard, der eine Politik der finanziellen Aufrichtung ausgearbeitet hatte, deren günstige Wirkungen schon zu spüren waren, erkannte sehr bald die Grenzen seiner wirklichen Macht. Seit Pinay war er der erste, durch eine Blockierung der Preise eine wirksame Bremse auf dem Gefälle zur Inflation angezogen zu haben. Aber wie man mit Recht bemerkt hat, ist es illusorisch, die Verkaufspreise blockieren zu wollen, ohne gleichzeitig die verschiedenen Elemente zu blockieren, die auf die Selbstkostenpreise einwirken; und: «am Staat ist es, hierin wie in vielen andern Gebieten ein Beispiel zu geben». Wie alle seine Vorgänger im Finanzministerium stieß Gaillard mit der Macht der Gewerkschaften zusammen, derjenigen der Arbeiter und der Beamten, die innerhalb des Landes allmächtige Interessensgruppen sind. Denn die Regierung der Parteien hat alle Macht und ist zugleich ganz Ohnmacht. Innerhalb der Parteien sind die Komitees, die unter der Kontrolle der Gewerkschaften und der Interessensverbände die wirkliche politische Macht besitzen, in ihren Vorrechten weniger exponiert als die gesetzmäßige Exekutive. Das Recht zum Streik, niedergelegt in der heute gültigen Verfassung, symbolisiert das Recht zur dauernden Revolte. Nach und nach hat es sich

auf alle sozialen Kategorien ausgedehnt. In der Zeit von sechs Monaten hat Frankreich Streiks der Gemeindeverwaltungen, der Kaufleute, der Bauern, der Studenten, der Ärzte, der Angestellten der Bestattungsdienste, der Steuerzahler durchgemacht. Sie nehmen verschiedene Formen an, sind aber alle gegen den Staat gerichtet und gegen die Exekutivgewalt, insofern als sie danach trachten, einer Verfügung, einem erlassenen Gesetz, mit einem Wort der staatlichen Autorität entgegenzuwirken.

Der Historiker Pierre Gaxotte, einer der heute seltenen politischen Köpfe, die eine tragische Vision der französischen Lage haben, zeigt unaufhörlich in seinen Schriften, wie sehr die Diktatur der Parteien und der Etatismus die Regierung zur Ohnmacht verurteilen. Welches ist, im Augenblick, da es in das Europa der Sechs eintritt, Frankreichs Stellung, welches seine Rolle? Man stellt sich diese Frage mit um so mehr Besorgnis, als Deutschland mit seiner letzten Wahl den Beweis erbrachte, daß es alle sozialistischen, dirigistischen und etatistischen Zöpfe, Erbstücke des 19. Jahrhunderts, abstößt. Seine blühende Wirtschaft entfaltet sich in Freiheit und freier Konkurrenz. Einige Sätze von Dr. Erhard, dem Bonner Wirtschaftsminister, genügen zum Verständnis der Prinzipien, denen die Bundesrepublik ihren außerordentlichen politischen und finanziellen Aufschwung verdankt: «Man kann den Außenhandel durch eine rationelle Wirtschaftspolitik entfalten. Seit dem Krieg haben wir diesen Weg gewählt. Wir haben die Bürokraten durch Kaufleute ersetzt. Der Außenhandel ist das Symbol der großen Idee, die in Freiheit alle Weltmärkte vereinigen muß.»

Man kann nur bedauern, daß Frankreich einem so dynamischen Realismus die Ideologie seines kleinbürgerlichen Sozialismus entgegenstellt, der mehr denn je überlebt scheint. Stellen, Subventionen, Freizeit und Renten verteilend, verurteilt er den Finanzminister zur Sisyphusarbeit, besteht doch der Hauptteil seiner Anstrengung darin, jedesmal mit größerer Mühe den Steilhang der Inflation hinaufzuklettern. In vielen Kreisen wünscht man brennend, das Beispiel Westdeutschlands möge verstanden werden. Das französische Volk ist sich dessen im ganzen bewußt geworden und erwartet von seinen Führern, daß sie aus der Lektion Nutzen ziehen, um den gewiß sehr großen Schwierigkeiten, die es erwarten, die Stirn zu bieten.

Jean de Saint-Chamant

Ein Herbstbrief aus Ostdeutschland

Verglichen mit dem Vorjahr ist die Stimmung in diesem Herbst in Ostdeutschland gedrückter und pessimistischer. Die Hoffnungen, die man in dem Raum zwischen Elbe und Oder im späten Herbst 1956 hegte und eine Ausstrahlung der polnischen Reformen auf den benachbarten westlichen Ausläufer des Satellitensystems in Erwägung zog, haben sich als völlig illusorisch erwiesen. Heute kann kaum von einer Opposition oder von einem offenen politischen Widerstand gegen die herrschende Clique der kommunistischen SED-Partei die Rede sein. Vielmehr könnte man von einer inneren Emigration sprechen, in die sich große Teile der ostdeutschen Intellektuellen, Studenten, Gewerbetreibende, Arbeiter und Bauern begeben, um die Periode der erstarrten Diktatur Ulbrichts auszuhalten. Für viele ist das eine Aufgabe, die ihre physischen und geistigen Kräfte übersteigt. Diese ergreifen die letzte Konsequenz, die einem Bürger in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik im Unterschied zu den anderen Satellitenstaaten immer noch offen steht. Sie verlassen bei Nacht und Nebel jenen Staat, in dem sie sich nie heimisch fühlten, und sie wandern in den anderen Teil des Vaterlandes, in die Bundesrepublik. Symptomatisch für diese Hoffnungslosigkeit, die vor allem in der Schicht der ostdeutschen Intellektuellen herrscht, war vor kurzem die

Flucht von Professor *Alfred Kantorowicz*. Seine Erklärungen, die er nach dem Verlassen des Zonenstaates in Westberlin abgab, waren sorgfältig stilisiert, aber trotzdem überzeugend und jenseits jeglichen Kalküls. Was Kantorowicz für seinen Absprung von dem SED-Staat an psychologischen und ethischen Motiven anführte, geht über den Einzelfall hinaus und könnte als Barometer für die Stimmung der meisten Intellektuellen der Ostzone gelten.

Wie stark ist das Ulbricht-System?

In geistig-politischer Hinsicht kommt die Haltung der Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller zu dem SED-Regime einer Pleite des Kommunismus in Ostdeutschland gleich. Daß viele Intellektuelle in der DDR nicht den gleichen Weg wie Kantorowicz wählen und statt in die Bundesrepublik bzw. nach Westberlin zu flüchten, ihre Lehrstühle an den Universitäten behalten oder die lukrativen Verbindungen zu den staatlich subventionierten Verlagen weiter pflegen, ist nicht entscheidend. Viel ausschlaggebender ist die Tatsache, daß im kommunistischen Ostdeutschland keine wissenschaftlichen und künstlerischen Werke entstehen, die irgendeinen Anklang beim Volke finden könnten. Die gleichen Schriftsteller und Dichter wie Anna Seghers, Arnold Zweig, Ludwig Renn und manche anderen, die aus der Opposition gegen die bürgerliche Welt oder gegen die Hitler-Diktatur überdurchschnittliche Leistungen hervorbrachten, haben in der gesellschaftlichen Ordnung, mit der sie sich identifiziert hatten, kein einziges Buch geschrieben. Sie haben materiellen Wohlstand, sie genießen jegliche Vorrechte und Privilegien, aber sie sind nicht im Stande, eine einzige Zeile zu schreiben, die den alten Glanz und den zündenden Funken präsentieren würde. Sie sind Sklaven des eigenen Systems geworden.

Das Ulbricht-Regime, dem die eigenen kommunistischen Intellektuellen die notwendige geistige Legitimation nicht ausstellen können, weil sie dazu nicht mehr fähig sind, kann aber auch nicht auf die Unterstützung der Bauern und Arbeiter rechnen, in dessen Namen es trügerischer Weise auftritt. Für den ostdeutschen Bauern ist die von dem SED-System übernommene Schablone der sowjetrussischen Kollektivierungspolitik einfach unannehmbar. Daß es heute in Ostdeutschland eine Anzahl von Kolchosen — der offizielle Begriff lautet abschwächend für die deutschen Ohren «Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften» — gibt, ändert an dem latenten Konflikt zwischen der kommunistischen Diktatur und dem Bauerntum gar nichts. Die Bauern der ostzonalen Kollektivwirtschaften haben unter dem administrativen Druck und durch verschiedene machtpolitische Manipulationen der herrschenden Partei diese dem Bauerninstinkt zuwiderlaufenden Organisationsformen der täglichen Arbeit angenommen. Wie in jedem Land sind auch die Dorfbewohner in Ostdeutschland Menschen, die eher zu einer vorsichtigen, konservativen Haltung neigen und nicht unbedingt den revolutionären Ideen folgen. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn die Bauern in der DDR die gleiche Wahl wie ihre polnischen Standesbrüder im vergangenen Jahr hätten, sie genau so spontan und unverzüglich die Kolchosenwirtschaft auflösen und den Boden unter sich verteilen würden.

Am schlimmsten ist wohl für die Parteistrategen der SED die Erkenntnis, daß die «Arbeiterklasse», die sie zu vertreten immer wieder betonen, ihnen im Grunde genommen feindlich gegenübersteht. Wie in jedem totalitären Staat können auch im kommunistischen Ostdeutschland keine einwandfreien Analysen über die politische Einstellung der Bevölkerung abgegeben werden. Dazu fehlt die freie Presse, die demokratische Kommunalpolitik und die parlamentarische Ordnung. Aber bei einer intensiven Nachforschung kann bis zu einem gewissen Grade das politische Stimmungsbarometer gefunden werden, mit dessen Hilfe man die Sympathien und Antipathien der Bevölkerung klassifizieren kann. Die Schwierigkeit für die Feststellung der Stimmung der ostdeutschen Arbeiterschaft liegt nicht bei den Zweifeln über ihr Verhältnis zu der

kommunistischen SED-Partei. Darüber hat, besonders seit dem 17. Juni 1953, als die gesamte Industrie-Arbeiterschaft Ostdeutschlands gegen das herrschende System rebellierte, nicht einmal die SED-Führung Illusionen. Unklar, wenn auch nur von theoretischem Wert, ist die Frage, wer heute von den großen westdeutschen Parteien mehr Anhänger unter den Arbeitern in der DDR hat, die SPD oder die CDU. Das östliche Berlin mit den großen Industriewerken und den Vororten der Stadt, das industrielle Sachsen sowie einige Orte in der Mark Brandenburg, in denen Maschinen- und Leichtindustrie beheimatet war, gehörten stets zu den Hochburgen der deutschen Sozialdemokratie. So müßte auch diese große traditionelle Partei der deutschen Arbeiterschaft gegenwärtig eine unheimliche Anziehungskraft auf die Arbeitermassen Ostdeutschlands ausüben. So war es auch in den ersten Jahren der kommunistischen Herrschaft zwischen Oder und Elbe. Die Arbeiter sahen in der SPD Kurt Schumachers ihre eigentliche politische Heimat. Heute scheinen die Fronten nicht mehr so klar zu verlaufen und die Söhne der alten «Sozis» aus Magdeburg, Chemnitz, Leuna und Leipzig sind heute, nach zwölfjähriger Praxis des siegreichen Sozialismus nicht mehr so klassenkämpferisch eingestellt. Zur Tatsache, daß ihr lebendiges Interesse für die SPD nachzulassen scheint, hat zweifellos die unklare, für die ostdeutsche Arbeiterschaft überhaupt unverständliche Konzeption in den außenpolitischen Fragen und die theoretische und praktische Haltung zum Bolschewismus beigetragen. Die fehlende ideologische Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem sowjetrussischen Kommunismus dürfte die Krise unter der Anhängerschaft der SPD in Ostdeutschland vertieft haben.

Das bedeutet zwar nicht, daß die ostdeutschen Arbeitermassen aus glühenden Anhängern der westdeutschen CDU bestehen. Aber die Popularität *Adenauers* und seiner klaren außenpolitischen Konzeption dürfte wohl vor den verschwommenen Ideen *Ollenhauers* in den Augen der Arbeiterschaft in der Ostzone einen klaren Vorsprung haben.

Diese unverkennbare Wandlung der Stimmungen hat für das Ulbricht-Regime die Konsequenz, daß das Verhältnis der Arbeiter zum kommunistischen System, wenn es auch zu keinen revolutionären Ausbrüchen führt, noch unversöhnlicher wird. Aber zugleich entsteht die Frage, worauf basiert denn eigentlich die Stärke der ostdeutschen kommunistischen Diktatur? Das Primäre ist natürlich die sowjetrussische Besatzung und ihre Panzerdivisionen. Aber die DDR ist inzwischen zu einem fast Voll-Satelliten Moskaus geworden, der, um nach außen selbständig zu wirken, einen eigenen Machtapparat entwickeln mußte. Langsam entsteht in Ostdeutschland der gleiche Typ der Gesellschaft wie in den anderen Satellitenstaaten. Die Diktatur stützt sich auf eine Schicht der besoldeten Parteifunktionäre, welche die Kommandoposten von oben nach unten einnehmen und die Schlüsselposition innehaben. Mit ihnen verbunden oder in ihrem Auftrag wirken drei zusätzliche Machtfaktoren: die Volkspolizei mit dem übergeordneten Staatssicherheitsdienst, der das gesamte System der Bespitzelung kontrolliert, die staatliche Bürokratie und die allmählich an Bedeutung zunehmende kommunistische Volksarmee. Die russischen Panzer und einige hunderttausend Nutznießer der Macht des Politbüros der SED, das ist das ganze Rätsel der Stärke bzw. der Schwäche des Ulbricht-Regimes.

Das Ringen um die internationale Anerkennung

Moskau will an diesem Zustand nichts ändern. Nichts hat deutlicher diese Einstellung der Sowjetunion illustriert als der letzte Besuch des sowjetrussischen Parteichefs Chruschtschews in Ostberlin. Brutal hat der Parteigewaltige aus Rußland alle Träume der westdeutschen Illusionisten zunichte gemacht. Er gab keine Alternative für Bonn und zeigte keine Chancen für die in eine Sackgasse geratene Außenpolitik der SPD. Daran können auch die post festum aufgetauchten Versionen, Chruschtschew habe so

gehandelt, weil die Adenauer-Regierung für die Sowjetunion und ihre Herrschaft in Ostdeutschland ungefährlicher als diejenige *Ollenhauers* sei. Diese Ansichten gehen an einer sehr simplen aber doch wesentlichen Tatsache vorbei, nämlich an dem Umstand, wie zäh der Kreml um die Auflösung des westlichen Paktsystems kämpft. Hätte Ollenhauer die Macht in Bonn erobert, welche Möglichkeiten hätten sich da für die sowjetrussische Außenpolitik geboten, um das NATO-System an seiner empfindlichsten Stelle, in Westdeutschland, zu treffen. Aber die Sowjets konnten der SPD keine andere Wahlhilfe biete, als durch die Schimpfkanonaden gegen Adenauer und durch eine unversöhnliche Haltung bei den Moskauer Verhandlungen mit dem Botschafter Lahr, den westdeutschen Wähler einzuschüchtern, er solle ja nicht seine Stimme dem «alten Herrn» geben. Etwas mehr kann Moskau in der deutschen Frage nicht offerieren, weil das infolge der Gesamtentwicklung in den Ostblockstaaten, der Prestigefragen in der internationalen kommunistischen Bewegung (die Zustimmung für eine Wiedervereinigung würde die Liquidierung eines kommunistischen Staates in Ostdeutschland bedeuten) und schließlich wegen den strategischen Konzeptionen der Roten Armee unmöglich ist.

Chruschtschew kam im Sommer nach Ostberlin, um die Mauer zwischen Ost- und Westdeutschland noch höher zu bauen. Seither schaut der SED-Chef *Ulbricht*, der seit den Entstalinisierungsexperimenten, der ungarischen Oktober-Revolution und dem polnischen Umschwung kalte Schauer auf seiner stalinistischen Haut spürte, zuversichtlicher in die Zukunft. Man etabliert sich jetzt wieder in Ostberlin auf Jahre und man wirbt um eine internationale Anerkennung. Man hofft, daß nach Jugoslawien wahrscheinlich die Syrier und Ägypter die diplomatischen Beziehungen mit der DDR aufnehmen werden und man denkt im stillen an Indien und sogar an Finnland.

Wirtschaft — die Achilles-Ferse der DDR

Den schwächsten Punkt in allen Zukunftsplänen des DDR-Regimes bildet nach wie vor die Wirtschaft. Auf diesem Gebiet kann allein mit Propaganda nichts erreicht werden. Man kann zwar, wie man es seit Jahren macht, Produktionsziffern und Statistiken fälschen, aber die internationalen Handelsabmachungen zwingen zu konkreten Leistungen. Man kann die Wahlen fälschen, die angebliche Unterstützung seitens der Bevölkerung durch Zwangs- und Terrormaßnahmen vortäuschen, aber man kann nicht auf die Dauer den Lebensstandard unter dem Minimal-Niveau halten, die Lebensmittel wie im Kriege rationieren und gleichzeitig von einem wirtschaftlichen Aufschwung reden. Und gerade diese Diskrepanz zwischen Theorie und Wirklichkeit haben die Herrscher Ostdeutschlands täglich zu spüren.

Die Sowjetunion hilft der DDR, aber sie verlangt auch Gegenleistungen. Das hat *Mikojan* den Ostberliner Regierungsvertretern im letzten Sommer unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Warschau und Prag gehen bei ihren Lieferungen noch rigoroser vor. Das zwingt das Ulbricht-Regime zu neuen Aufpeitschungen der Arbeiterschaft, damit die DDR mehr industrielle Güter produzieren kann. Auf der anderen Seite machte sich die schleichende Inflation immer stärker bemerkbar, so daß das kommunistische Regime keinen anderen Ausweg mehr sah, als einen Anschlag auf die Sparreserven der Bevölkerung zu unternehmen. Die putschartige Währungsreform vom 13. Oktober 1957 war ein schlagender Beweis dafür, daß die Finanzpolitik der DDR die wachsende Diskrepanz zwischen dem Geldüberhang und dem mangelhaften Warenangebot nur auf dem Wege einer rigorosen Abschöpfung der Geldreserven zu lösen war. Allem Anschein nach wird jedoch auch dieser Schritt die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des SED-Regimes nicht überwinden können.

Alexander Korab

Querschnitt durch neue Wirtschafts-Zeitschriften

August bis Oktober 1957

Probleme der internationalen Wirtschaftspolitik

Die Anteilnahme der Presse an den Problemen der *Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft und der Freihandelszone* ist nicht mehr so lebhaft wie in den Monaten, die auf den Abschluß des Vertrages von Rom folgten. Der Stand der Integration im Sommer 1957 wurde von den «Gewerkschaftlichen Monatsheften» im Juli dargestellt. Professor Dr. Marcel Großmann von der Handels-Hochschule St. Gallen untersucht in Heft II der «Außenwirtschaft» die Wirkungen des Gemeinsamen Marktes auf die internationale Versicherung. Die sozialen Probleme Europas, von Frankreich aus gesehen, bilden die Materie eines Artikels von Alfred Frisch (Paris) in Heft 13/14 des (deutschen) «Arbeitgebers». Professor Dr. H. Niehaus, der Bonner Agrarwissenschaftler, hat in einem Dortmunder Vortrag die Chancen der Landwirtschaft im Gemeinsamen Markt kritisch beurteilt; in großen Zügen werden seine Ausführungen von den «Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik» des Monats August zustimmend wiedergegeben. Die Entwicklung auf dem Wege zur Freihandelszone erörtert die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» ebenfalls in ihrer Ausgabe vom August; ihr wollen wir die folgende interessantere Statistik entnehmen:

Land	Einfuhr 1956				Ausfuhr 1956			
	aus dem Gemeinsamen Markt		aus der Freihandelszone		in den Gemeinsamen Markt		in die Freihandelszone	
	Wert	% der Gesamteinfuhr	Wert	% der Gesamteinfuhr	Wert	% der Gesamtausfuhr	Wert	% der Gesamtausfuhr
Schweiz	4249 Mill. sfr.	56	5103 Mill. sfr.	67	2445 Mill. sfr.	39	3402 Mill. sfr.	55
Westdeutschland	7249 Mill. DM	26	13806 Mill. DM	50	9411 Mill. DM	31	18386 Mill. DM	60

Die ursprünglich von Großbritannien her lancierte Idee der Freihandelszone beschäftigt naturgemäß den Londoner «Economist» in starkem Maße; am 17. 8 verweist die Zeitschrift darauf, daß Zugeständnisse Englands an die anderen Nationen Europas erforderlich sind, um den geplanten Freihandel wirksam werden zu lassen, und am 31. 8. gibt sie dafür bestimmte Anregungen in der Richtung auf agrarische Konzessionen. Eine Normalisierung der europäischen Währungsparitäten bezeichnet die «Schweizerische Handelszeitung» vom 29. 8. als unerläßliche Voraussetzung für einen erfolgversprechenden Start des Gemeinsamen Marktes. Getreu ihrer liberalen Tendenz befürchten die «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» vom September bei Gelegenheit von Buchbesprechungen eine dirigistische Lohnpolitik im Gefolge der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft. Die *speziellen Wirtschaftsinteressen der Schweiz* gegenüber der europäischen Integration beleuchten der Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Juli unter der bezeichnenden Überschrift: «Wir können mit Europa allein nicht leben» und «La Suisse Horlogère» vom 15. 8. in der Wiedergabe eines Vortrags

des Leiters des Instituts «des hautes études internationales», Jacques Freymond, über «die Schweiz und Europa».

Im Gegensatz zu den ökonomischen Annäherungsbestrebungen sind die mit der *Disparität der europäischen Währungen* verbundenen Probleme, die schon in unserem letzten Bericht angeklungen hatten, als Störungsfaktor in Europa in der letzten Zeit von der Wirtschaftspresse mehr und mehr beachtet worden. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß sich der «Economist» mit vollem Orchester zu dem Chor der englischen Stimmen gesellt, die eine Aufwertung der Deutschen Mark als einzigen Ausweg aus der Sackgasse befürworten. So geschieht es in seinen Blättern vom 10. («The Strain Grows»), vom 17. («The Franc — and the Mark») und vom 24. 8. («Pound up to the Mark»). Auch in der Schweizer Wirtschaftspresse sind hier und dort derartige Gedankengänge festzustellen; die «Schweizerische Handelszeitung» vom 15. 8. hält allerdings die «volle Abwertung» des französischen Frankens für das dringendste Erfordernis, und «Finanz und Wirtschaft» vom 30. 7. bezeichnet die Beseitigung der Kaufkraft-Unterschiede, mithin die allgemeine Neubewertung der europäischen Währungen als Grundlage der erstrebten Konvertibilität. Nur in der Wiener «Industrie» vom 24. 8. wird der Standpunkt eingenommen, es sei, um mit dem scheidenden Leiter der Deutschen Bundesbank, Vocke, zu sprechen, «eine schlechte Therapie, den Gesunden statt des Kranken zu kurieren». In der Frankfurter «Gegenwart», ebenfalls vom 24. 8., nennt deren Mitherausgeber Hauenstein «nur das jederzeit und überall umtauschbare Geld aus stabiler Währung souverän». Die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» vom 1. 9. macht eine Reihe von «Anomalien an den Devisen- und Geldmärkten» namhaft.

Im übrigen haben wir heute aus dem Komplex der internationalen Wirtschaftspolitik nur noch wenig nachzutragen. In Nr. 31 der «Schweizerischen Handelszeitung» vom 1. 8. interessiert ein Artikel: «Agrarsubventionen geraten unter die *OEEC*-Lupe». In Nr. 2 der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» widmet Professor Dr. F. A. Lutz der Steuerung der Inflationsgefahr durch die Mittel der *Konjunkturpolitik* seine Feder. Das erste (Halbjahres-) Heft 1957 der «Weltwirtschaft» aus dem gleichnamigen Kieler Institut gibt uns in gewohnt gründlicher Form einen weltwirtschaftlichen Überblick und orientiert über die ökonomische Lage einzelner Länder auf der Erde.

Schweizerische Wirtschaftsprobleme

Die schon im letzten Querschnitt behandelte Erhöhung des Schweizer Diskontsatzes hat nach Auffassung der «Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft» (Wirtschaftsförderung) auf dem Geld- und Kapitalmarkt eine neue Situation erzeugt; in ihrer Veröffentlichung «für Sie gelesen» vom Juli/August stellt sie die Pressestimmen zu diesem Entschluß der Nationalbank zusammen und geht dabei auch auszugsweise auf den Aufsatz von Professor Dr. Emil Küng: «Der Zinsfuß im Kreuzfeuer» aus den «Schweizer Monatsheften» vom August ein. Mit der *konjunkturellen Entwicklung* befaßt sich ebenfalls die «Schweizerische Handelszeitung» vom 15. 8.; sie spricht von der «Normalisierung der Konjunktur». — Für den *Außenhandels*-Kaufmann der Schweiz wertvoll ist der Leitartikel in «Finanz und Wirtschaft» vom 6. 8., der Belege dafür enthält, daß im ersten Halbjahre 1957 Exportwerte und Aktienkurse gegensätzliche Tendenzen aufgewiesen haben. — Die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» läßt in fortlaufender Folge ab 20. 7. das Basler Gewerbe in der Frage der *Arbeitszeitverkürzung* zu Worte kommen. — In der «Schweizerischen Handelszeitung» vom 18. 7. konnte man mit Interesse einen Beitrag: «Steuerpolitik mit Rechenkünsten» verfolgen; die Neuregelung der Verrechnungs- und Couponssteuer in der vom Nationalrat verabschiedeten Finanzvorlage wird dort als unhaltbar bezeichnet. Die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» vom 20. 7. vermittelt einen instruktiven Überblick über

Werdegang und Inhalt der neuen Finanzordnung. Die «Steuer-Revue» vom Juli/August veröffentlicht eine ausführliche Darstellung der Steuerreform im Kanton Tessin mit Sergio Bolla (Lugano) als Verfasser. — Die bereits im letzten Querschnitt behandelte Kartelldebatte des Nationalrates hat auch in der Berichtsperiode eine ausgiebige Diskussion der Wirtschaftspresse über *Kartellprobleme* ausgelöst; die Aussprache wurde zudem durch den im laufenden Sommer veröffentlichten Bericht der vom Volkswirtschaftsdepartement eingesetzten Preisbildungskommission: «Kartell und Wettbewerb in der Schweiz» besonders angeregt. Zunächst fanden wir in der «Schweizerischen Handelszeitung» vom 18. 7. einen Kommentar über Zusammensetzung und Aufgaben des vom Bundesrat in diesem Monat gebildeten Expertengremiums zur Ausarbeitung eines Kartellgesetzes und in der «Schweizerischen Gewerbe-Zeitung» vom 27. 7. eine redaktionelle Verlautbarung über die Konkretisierung des im Gange befindlichen Kartellgesprächs. Auch «La Suisse Horlogère» vom 1. 8. befaßt sich mit der Kartelldiskussion und würdigt ebenso wie die Wiener «Industrie» vom 10. 8. den vorher erwähnten gründlichen Bericht der Preisbildungskommission. In der «Agrarpolitischen Revue» vom 12. 8. verbreitet sich deren Redaktor Professor Dr. Oskar Howald (Brugg) über «Kartell, Wettbewerb und Landwirtschaft». Die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» vom 30. 8. hält die Verschiebung der Volksabstimmung über die Kartellinitiative in das nächste Jahr für gerechtfertigt. Endlich wird auch in der Schweiz als Material für den Meinungsaustausch ein Artikel von Dr. Joseph Kübel (Bonn) im Düsseldorfer «Arbeitgeber» vom 15. 8. über den Inhalt und das während der parlamentarischen Beratung veränderte Gesicht des inzwischen in Kraft gesetzten deutschen «Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen» Aufmerksamkeit beanspruchen können.

Von sonstigen bemerkenswerten Aufsätzen über schweizerische Wirtschaftsprobleme sei eine umfassende Schilderung der Entwicklungstendenzen am Kapitalmarkt im «Bulletin» der Schweizerischen Kreditanstalt vom Juli, die Reportage einer Zürcher Studientagung über den Einsatz elektronischer Rechenmaschinen innerhalb des Versicherungsbetriebes am 17. und 18. 5. in der «Schweizerischen Versicherungs-Zeitschrift» vom Juli und eine auf reicher Sachkenntnis beruhende Arbeit über den zollfreien Veredlungsverkehr der Schweiz von Dr. H. R. Leuenberger in Heft II der «Außenwirtschaft» besonders herausgestellt. Die Schilderung von «Arbeitskosten, Intensität und Produktivität der schweizerischen Bauernbetriebe», die Dr. H. Franck vom Bauernsekretariat zu Brugg in Heft 11 der «Agrarpolitischen Revue» vornimmt, ist nicht nur für den Agrarpolitiker lehrreich.

Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zur Umwelt

Auch bezüglich der *ökonomischen Verbindungen der Schweiz mit der Fremde* ist heute unsere Berichterstattung ein wenig mager. Die nicht abreißenden Krisen im Nachbarland *Frankreich*, dem nächst der Deutschen Bundesrepublik und den USA wichtigsten Handelspartner der Schweiz, werden von deren Wirtschaft aufmerksam und nicht ohne Sorge verfolgt. So referiert die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» am 9. 8. über die schädlichen Folgen der «Echelle mobile», der gleitenden Lohnskala in Frankreich. «La Suisse Horlogère» unterrichtet ihre Leser am 8. 8. über den Stand der französischen Zahlungsbilanz sowie die Aufhebung der Liberalisierung bei der dortigen Einfuhr und an der Spitze ihrer Ausgabe vom 15. 8. über die französische Regelementierung auf dem Gebiete der Devisen und des Außenhandels. — Wie in Westdeutschland so haben auch in der Schweiz die rigorosen Maßnahmen der *argentinischen* Regierung gegen industrielle Unternehmungen, in denen ausländisches Kapital arbeitet, berechtigte Empörung hervorgerufen. «Finanz und Wirtschaft» vom 26. und 30. 7. ebenso wie vom 9. 8. und im gleichen Sinne die «Schweizerische Handelszeitung» vom 1. 8. rufen nach einem Eingriff der Behörden zum Schutze bedrohter schweizerischer Interessen an den beiden Energieversorgungs-Betrieben von Buenos Aires, Compañia Argentina de Electricidad

(Cade) und Compañia Italo-Argentina de Electricidad (Cia). — Über die Wirtschaftslage in *Schweden* orientiert den am Warenaustausch mit diesem Lande Interessierten ein reichhaltiger Artikel im «Vierteljahresbericht» der Skandinaviska Banken vom Juli.

Wirtschaftsprobleme in den USA und im Sowjetblock

In bezug auf die Materie der *amerikanischen Wirtschaftsprobleme* ist auf einen Artikel: «Deflation at a High Level» im «Economist» vom 7. 9. zu verweisen; hier wird berichtsweise aus Washington betont, daß sich die amerikanische Wirtschaft zwar im Herbst auf Schwierigkeiten gefaßt machen müsse, indessen eine nachhaltige Depression nicht zu erwarten sei. — Auch in dieser Berichtsperiode hat «La Suisse Horlogère» die *amerikanischen Uhrenzölle* nicht aus dem Auge verloren: am 29. 8. beginnt sie mit dem Abdruck eines Rapportes, den die Tarifkommission am 25. Juli dem Präsidenten erstattet hat. — «Challenge» von August/September bezeichnet die amerikanische Politik der *wirtschaftlichen Hilfe an das Ausland* als nach wie vor geboten; aber das Blatt meint, daß sie beweglich gehalten und mit Klugheit geübt werden müsse.

Aus dem Bereiche des *Sowjetblocks* untersucht die Wiener «Industrie» am 27. 7. die Tragweite des Wirtschaftsumbaues in der deutschen Ostzone, und am 17. 8. läßt sie, die infolge der Mittlerstellung Österreichs zwischen West und Ost über die Vorgänge hinter dem Eisernen Vorhang besonders gut Bescheid weiß, den Sekretär der Österreichischen Handelskammer in der Schweiz, Dr. Fritz Martin, über den «schweizerischen Osthandel» zu Worte kommen. Der Autor faßt auf Grund der amtlichen Statistik sein Gutachten in dem Urteil zusammen: «Der Handel der Schweiz mit den Oststaaten hat sich ebenso unbefriedigend entwickelt wie die österreichischen Handelsbeziehungen zu diesem Wirtschaftsgebiet.»

Sonstige erwähnenswerte Artikel der Wirtschafts-Zeitschriften

Ein bloßer Hinweis auf die Titel sonstiger Artikel in den Wirtschafts-Zeitschriften aus der Berichtsperiode, die genauere Beachtung verdienen, möge wie üblich auch heute unser Referat abschließen. Im Juni brachte die «Schweizerische Versicherungs-Zeitschrift» einen Aufsatz von Dr. Lukas Zoelly (Basel): «Wie weit soll die materielle Staatsaufsicht des Versicherungsamtes gehen?» In den «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom Juli schreibt Eberhard Rhein (Hamburg) über «Privatisierung öffentlicher Unternehmen als Ziel der Wirtschaftspolitik». Die Genfer «Wirtschaft» widmet den Hauptteil ihres Augustheftes der im Bau befindlichen Kraftwerkgruppe Mauvoisin im Wallis und ihre Septemberausgabe der Industrie schweizerischer Werkzeugmaschinen. Die Wiener «Industrie» vom 10. 8. zeichnet sich durch einen Beitrag: «Neuer Auftrieb für Japans Textilindustrie» aus. Endlich sei der «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» der Wirtschaftsförderung gedacht, in deren Ausgabe vom August Hans Aregger (Zürich) ein Bild zweckmäßiger Landesplanung entwirft; seine Arbeit wird ergänzt durch eine Fülle von Informationen über Planungsaktionen im In- und Ausland, die der «Plan», die schweizerische Zeitschrift für Landes-, Regional- und Ortsplanung, im Mai/Juni-Heft enthielt.

Hans Posse